Verordnungsänderung Privatunterricht im Kanton Luzern von Rosy Schmid Vernehmlassungsantwort FDP.Die Liberalen Luzern

Frage 1

Sind Sie damit einverstanden, dass Personen, die Privatunterricht erteilen oder die an einer Privatschule unterrichtenden Lehrpersonen in der Regel über eine stufen- und fachgemässe Ausbildung verfügen müssen?

Unter einer stufen- und fachgemässen Ausbildung wird Folgendes verstanden:

- in den Zyklen 1 und 2: Lehrdiplom «Kindergarten/Unterstufe» oder «Primarstufe»
(Personen mit einem Kindergartenlehrdiplom sind nur berechtigt, auf der Kindergartenstufe zu unterrichten)
- für den Zyklus 3: für jedes Fach die entsprechende Ausbildung als Sekundarlehrperson

Auswahl*

- ja
- nein
- weiss nicht
- Enthaltung

Begründung / Bemerkungen zu Frage 1:

Wir unterstützen eine fachgerechte Ausbildung. Die Anforderungen an die privatunterrichtenden Personen sollen analog jener der öffentlichen Schulen sein, inklusive deren Ausnahmen. Es ist zu prüfen, ob «höher» qualifizierte unterrichtende Personen wie z.B. Niveau Sek I auch für die Primarstufe anerkannt werden können.

Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass Ausnahmen der obig beschriebenen Ausbildungsvoraussetzungen für Personen, die Privatunterricht erteilen, restriktiver gehandhabt werden als für Lehrpersonen, die an Privatschulen unterrichten?

Auswahl*

- ja
- nein
- weiss nicht
- Enthaltung

Begründung / Bemerkungen zu Frage 2:

Wir begrüssen eine grundsätzlich restriktive Haltung gegenüber des Privatunterrichts, möglichst ohne Ausnahmen. Privatunterricht soll nur erteilt werden, wenn öffentliche oder private Schulen die Problemstellungen, Herausforderungen oder

besonderen Bedürfnisse bezüglich des Kindes nicht angemessen begegnen können – nicht weil die Eltern es wünschen.

Haben Sie weitere Bemerkungen?

- Wir befürworten eine restriktive Haltung gegenüber des Privatunterrichts. Wenn eine Problemstellung vorliegt, muss diese vom Kind ausgehen und nicht von den Eltern. In diesem Fall kann das Homeschooling ein wertvolles Instrument sein.
- Wenn Ausnahmen zu den Vorgaben für die Erteilung des Privatunterrichts gegeben sind, dann muss auch die höhere Berufsbildung entsprechend den Hochschulabschlüssen gleich gewertet werden.
- Der Entzug der Bewilligung zum Privatunterricht sollte bei wiederholtem Nichterreichen der Qualität oder Anforderungen möglich sein.
- Wir hören sehr oft von der Bevölkerung, Lehrpersonen oder Eltern, dass unsere Volksschule an Qualität verliere. Insbesondere werden Fragen bezüglich der Integration von «ALLEN» geäußert, die unter anderem auch zunehmende Belastungen für die Lehrpersonen mit sich bringt. Hier könnten wir uns einen Richtungswechsel vermehrt hin zu den Gemeinsamkeiten für die Klassenstrukturen vorstellen. Ein Qualitätsverlust darf nicht hingenommen werden. Lehrpersonen müssen die persönlichen Herausforderungen gut meistern können. Die Volksschule soll primär schüler- respektiv kindernah sein und die Lehrpersonen sollten sich in ihrer Arbeitszeit dem Unterrichten widmen können.
- Ein weiteres Anliegen haben wir bezüglich der Durchsetzung der Bewilligung oder Nicht-Bewilligung für Privatunterricht. Wenn Eltern oder Privatpersonen den Kindern Homeschooling erteilen, ohne die erforderliche Bewilligung zu haben, sollte der Kanton als Bewilligungsbehörde für die Durchsetzung seines Entscheides zuständig sein. Entsprechend sind die Gemeinden und Schulen von ihrer Verantwortung, die Bewilligung durchzusetzen, zu entlasten. Aktuell kann die Schule nur eine Gefährdungsmeldung bei der KESB tätigen.
- Weiter sehen wir in der «Verakademisierung der Lehrpersonen» auch wesentliche Nachteile. Es ist zu prüfen, wie die Ausbildung und Anforderungen wieder vermehrt zur Praxis und zum Alltag der Lehreraufgabe geführt werden kann.

* = obligatorische Eingabe